

Leitartikel

Der Fußball als Erlebnisraum

Warum sich der FC Bayern vor dem VfB nicht zu fürchten braucht



VON GUNTER BARNER

Kurz bevor sich nun auch das fußballerische Aushängeschild der Landeshauptstadt ins Getümmel der Bundesliga-Rückrunde stürzt, ist es hilfreich, sich noch einmal dort Gewissheit zu verschaffen, wo nach menschlichem Ermessen nie gelogen wird: in der Tabelle. Den VfB Stuttgart findet dort, wer mit dem Finger ziemlich weit nach unten fährt. Auf dem 15. Platz, punktgleich mit den Schicksalsgefährten aus Bremen. Und dem Abstieg so nah, dass in jedem Spiel der bekannte Sportsfreund Hamlet das weiß-rote Leibchen trägt: Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage.

Weil in misslicher Lage bevorzugt Werkzeuge zum Einsatz kommen, die das ästhetische Moment der Darbietung vernachlässigen, werden sich kunstbeflesene Betrachter damit abfinden müssen, dass sich der Erlebnisraum in der Mercedes-Benz-Arena die meiste Zeit auf jene Hälfte beschränkt, in der die Stuttgarter Männchen bissig verteidigen, was hinter ihnen steht: das eigene Tor. Dessen ungeachtet raten Experten zu gelegentlichen Ausflügen in gegnerische Gefilde. Allein schon, um den Verdacht zu nähren, dass ein Sieg im Bereich des Möglichen liegt.

Für die Balance zwischen diesen Extremen zeichnet ein Niederländer verantwortlich, der seine Grobmotorik mit dem unerschütterlichen Optimismus eines 100-Jährigen führt, der regelmäßig zur Vorsorgeuntersuchung geht. Jedenfalls zieht es Huub Stevens bislang vor, den Personalkörper während der Winterpause nicht großartig zu verstärken. Es klimpern ohnedies nicht mehr viel Groschen in der Kasse. Und für ein Schmitz mit Pommes und ein Hefe hell klickt heutzutage noch nicht einmal mehr ein Fußkranker in der Kreisliga A.

Weshalb es also bis auf weiteres dabei bleibt, dass sich der Niedermeier-Schorsch, mit allem, was er hat, ins wöchentliche Getümmel wirft. Und der Gentner-Christian so viel läuft, als gäbe es dafür Bonusmeilen bei der Lufthansa.

Das klingt jetzt zwar alles nicht so, als könnte der Verein für Bewegungsspiele den Fußball noch mal neu erfinden, weshalb sich der FC Bayern erst mal keine großen Sorgen zu machen braucht. Es raubt aber auch nicht jede Hoffnung darauf, dass es am Ende mal wieder gutgehen könnte mit dem VfB und dem Klassenverbleib. Es wäre ja auch schade drum, gerade jetzt, da er einen neuen Sport- und einen neuen Finanzvorstand hat. Mit vielen brauchbaren Ideen. Und einen Präsidenten, der offenbar noch viel mehr kann als nur einen Luftsprung nach seiner Wahl.

Es ist ja auch nicht so, dass der VfB Stuttgart ganz allein ist mit seiner Angst vor der Zweitklassigkeit. Acht weitere Vereine haben realistische Chancen, am Ende der Saison die Liga durch die Falltür zu verlassen. Der 1. FC Köln etwa, der in der Winterpause auf die nette Idee kam, bei den örtlichen Jecken endlich die Aufwertung als Karnevalsverein zu fordern. Diesen Status genießt der FSV Mainz 05 zwar schon lange, ob Frohsinn und Brauchtum aber Tore schießen, ist wissenschaftlich noch nicht erforscht. Auch der Hamburger SV versucht es zwar immer mal wieder mit dem Abstieg, er kriegt es aber noch nicht so richtig hin. Zu nennen wäre überdies, trotz aller Einschränkungen, auch Borussia Dortmund.

Weil es im Fußball eben immer noch so ist, wie es schon Sepp Herberger sagte: „Die Leute gehen hin, weil keiner weiß, wie es ausgeht.“ Oder sollte man kurz vor dem Anpfiff noch einmal Hamlet bemühen? „Wir wissen zwar, was wir sind, aber nicht, was wir werden können.“

g.barner@stn.zgs.de

Das Zitat

„Wir brauchen die, die aus unserer sitzenden, auf Bildschirme glotzenden jugendlichen Gesellschaft bewegungsfähige Individuen machen“

Joachim Gauck
Der Bundespräsident über die Bedeutung des sozialen Engagements in Sportvereinen für die Gesellschaft

„Wir sind befreit“

Vizeminister Georgios Katrougalos über Demokratie, Börsen und das Ende der griechischen Schuldenmacherei

Das Krisenland Griechenland provoziert die Euro-Partner: Die neue linke Regierung kündigt an, Tausende entlassene Staatsdiener wieder einzustellen.

VON FERRY BATZOGLOU
AUS ATHEN

Herr Katrougalos, Sie sind erst am Dienstag stellvertretender Minister für Verwaltungsreform vereidigt worden. Jetzt sollen Tausende Beamte wieder eingestellt werden?

Ich möchte zunächst Folgendes klarstellen: Es handelt sich hierbei nicht um Neueinstellungen, wie teilweise falsch berichtet worden ist. Korrekterweise sollten wir von der Aufhebung von Entlassungen sprechen. Konkret betrifft dies alle von der Vorgängerregierung zunächst vorübergehend in die sogenannte Arbeitsreserve gesteckten, faktisch suspendierten Staatsdiener, die nach Ablauf dieser Übergangszeit entlassen worden sind. Es handelt sich hierbei um ungefähr 3500 Personen. Das sind Schulwächter, die Putzfrauen des Athener Finanzministeriums sowie Lehrer in der technischen Ausbildung. Diese Zahl umfasst ausdrücklich nicht die 2656 entlassenen Mitarbeiter des früheren Staats senders ERT, den die vorige Regierung Samaras im Juni 2013 handstreichartig abgeschafft hat. Unser Regierungsprogramm sieht vor, ERT wiederzugründen. Diese Sache fällt aber nicht in meinen Zuständigkeitsbereich in diesem Ministerium.

Wann kehren die entlassenen Beamten zurück? Sofort.

Weshalb tun Sie das?

Das haben wir vor den Wahlen versprochen – und das setzen wir nun um. Noch einmal: Diese Staatsdiener sind verfassungswidrig entlassen worden. Ich sage das als Verfassungsrechtler. Es galt also, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Im Übrigen ist der Staatsapparat durch diese Entlassungen nicht besser geworden.

Griechenland hatte beim Ausbruch der Krise 2010 genau 768 000 Staatsdiener. Mittlerweile hat sich ihre Zahl auf 550 000 verringert, fast ausschließlich durch die natürliche Fluktuation. Wollen Sie den Staatsapparat auflähmen? Schon die Vorgängerregierung, die den Staatshaushalt 2015 im Herbst ins Parlament eingebracht und verabschiedet hat, sah 15 000 Neueinstellungen in diesem Jahr vor. Daran halten wir fest. Wir brauchen neues, hoch qualifiziertes Personal. Neueinstellungen im Staatsapparat sind nötig – und zwar in vielen Bereichen.

Wie wollen Sie das alles finanzieren? Droht nicht Griechenlands Bankrott?

Zur Person

Georgios Katrougalos

- Der 51-jährige ist Professor für Verfassungsrecht.
- 2014 wird der Politiker des Bündnisses der Radikalen Linken (Syryza) ins Europaparlament gewählt.
- Griechenlands neuer Premier Alexis Tsipras ernannte ihn am 27. Januar 2015 zum Stellv. Minister für Verwaltungsreform. (fb)



Foto: EP

Pegida – Zerfall und Neuorientierung

Zurückgetretene Führungsleute planen Kundgebung mit 5000 Menschen

DRESDEN (dpa). Nach dem Rückzug der halben Führungsränge hat sich das islamkritische Pegida-Bündnis gespalten. Ehemalige Mitglieder des Organisationsteams um die bisherige Sprecherin Kathrin Oertel möchten in Dresden ein neues Bündnis unter anderem Namen gründen. „Wir wollen uns nicht totspazieren“, sagte Pegida-Mitbegründer René Jahn am Donnerstag in Dresden. Man suche den Dialog mit der Politik und den Medien und wolle als Sprachrohr für die Sorgen und Nöte der Menschen dienen. „Wir wollen die bürgerliche Mitte in Dresden erreichen.“

Die zurückgetretenen Pegida-Führungsleute haben für den 9. Februar in Dresden eine erste eigene Kundgebung angemeldet. Nach Angaben der Stadt vom Donnerstag rechnen die Initiatoren mit bis zu 5000 Teilnehmern.

Der Rest des Organisationsteams will dagegen seiner Linie treu bleiben und weitermachen. So wirbt Pegida auf seiner Facebook-Seite zwar ebenfalls für eine Kundgebung am 9. Februar. Diese ist allerdings laut Stadt noch nicht angemeldet. Die Kundgebung für den kommenden Montag hatte Pegida abgesagt. Die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands hatten zuletzt 17 000 Menschen auf die Straße gebracht.

Jahn räumte Fehler bei Pegida ein: „Für uns war das ein Lernprozess.“ Die Medien hätten mit ihrer Berichterstattung die Bewegung Zulauf verschafft. Viele Teilnehmer

Nein. Unser Regierungsprogramm sieht vor, dass wir einen ausgeglichenen Staatshaushalt haben. Ohne neue Defizite, ohne eine neue Schuldenmacherei. Dabei bleibt es. Die Ausgaben für die Neueinstellungen von Beamten sind im Staatshaushalt 2015 bereits kalkuliert. Die Rückkehr der entlassenen Beamten werden wir durch Einsparungen an anderer Stelle finanzieren. Seien Sie versichert, dass die Ausgaben in den einzelnen Ministerien nicht steigen werden.

Was wollen Sie?

Wir wollen vielmehr einen effizienteren, besseren Staatsapparat. Das will die griechische Gesellschaft. Die Beamten sind nicht für sich da, sondern für die Bürger. Wir werden aber auf der anderen Seite auch nicht Köpfe unter den Beamten jagen, wie es die Vorgängerregierung getan hat, nur um das gesteckte Ziel von 15 000 Beamten-Entlassungen zu erreichen. Bei dieser unsäglich Menschenjagd hatte sich die vorige Regierung die einfachsten Opfer ausgesucht: die Schulwächter und die Putzfrauen. Das sind die kleinen Leute, die schutzlos waren. Damit ist jetzt Schluss. Es wird keine Beamten-Entlassungen mehr geben. So wie es die griechische Verfassung seit 1911 vorsieht.

In Griechenland sind gegenwärtig mehr als 1,3 Millionen Menschen arbeitslos. Kritiker monieren schon, die neue Syriza-Regierung kümmerlich sich nur um die Beamten.

Das ist Unfug. Wir wollen die Wirtschaft wieder ankurbeln, damit die Arbeitslosen im Privatsektor Arbeit finden. Wir wollen kein neues Klientensystem in Griechenland schaffen. Das hatten die vorigen Regierungen getan, nicht wir.

Dennoch: Die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) dürfte von Ihrer Aktion, Beamte wieder zurückzuholen, nicht besonders angetan sein.

Für uns gibt es keine Troika. Wir werden auch nicht mit der Troika sprechen, um ihr so eine Legitimation zu verleihen. Für uns gibt nur die politisch und rechtlich legitimierte Institution in Europa. Wir fühlen uns ferner nicht an die Auflagen der Anpassungsprogramme für Griechenland gebunden. Wir sind befreit. Wer erwartet hat, dass wir nach den Wahlen einen Purzelbaum schlagen werden, der irrt sich gewaltig. Wir werden unser Regierungsprogramm im Innern, in Griechenland, umsetzen. Dafür sind wir gewählt worden. Dafür verbitten wir uns jegliche Einmischung. Dafür brauchen wir auch niemanden fragen. Was wir mit unseren europäischen Partnern hingegen sehr wohl verhandeln werden, ist die Frage, wie sie ihr Geld zurückerhalten sollen. Das geht sie sehr wohl etwas an. Dabei wollen wir einvernehmliche Lösungen, keine einseitigen Schritte.

Die Athener Aktienbörse ist am Mittwoch um fast zehn Prozent eingebrochen, die Bankentitel um fast das Dreifache. Macht Sie das nicht unruhig?

Und am Tag darauf steigen die Kurse wieder. Das ist nun mal so. Die griechische Wirtschaft ist am Mittwoch nicht plötzlich, quasi von einem Tag auf den anderen schlechter geworden. Was uns angeht: Wir werden cool bleiben. Wissen Sie, die Märkte reagieren mit der Mentalität einer Herde. Sie sind nicht weise. Wären sie weise, hätten sie uns Griechen vor dem Ausbruch der Krise auch nicht Gelder mit den gleichen Zinsen wie für Deutschland ausgeliehen. Wir wollen jedenfalls nicht, dass die Märkte den Ton angeben, sondern die Politik. Das ist eine elementare Frage der Demokratie. Unser Interesse gilt primär dem Werdegang der Realwirtschaft. Ihr soll es besser gehen. Und dafür werden wir unser Regierungsprogramm umsetzen.

hätten sich in der Berichterstattung nicht wiedergefunden und seien deshalb weiter zu den Pegida-Kundgebungen gegangen.

Jahn, der im Namen der anderen vier ausgetretenen Vereinsmitglieder sprach, äußerte sich auch zur Neuausrichtung. „Wir gehen in Richtung direkte Demokratie.“ So strebe man zum Beispiel ein Volksbegehren zur Polizeireform an. Auch das Thema Zuwanderung werde eine Rolle spielen. Den Namen



„Wir wollen uns nicht totspazieren“

René Jahn
Pegida-Mitbegründer

für das neue Bündnis verriet Jahn noch nicht, die Endung -gida sei aber nicht vorgesehen.

Der verbliebene Teil von Pegida warf den Abtrünnigen am Donnerstag indirekt vor, sich von der Politik „kaufen zu lassen“. „Wir stehen nach wie vor für unser 19-Punkte-Programm. Wir lassen uns nicht kaufen und werden weiter laufen!“, hieß es in einem Eintrag auf der Facebook-Seite von Pegida.

Sprecherin Oertel hatte am Mittwoch nur eine Woche nach dem Rücktritt von Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann ihr Amt niedergelegt. Bei dem Streit ging es vor allem um die Rolle von Bachmann, der zuvor über ein Foto mit „Hitler“-Bart und ausländischer



„... nicht dass am Ende wir ihn am Hals haben!“

Karikatur: Haitzinger

Russland-Sanktion: Ukraine zahlt „Abschussprämien“

ATHEN/BRÜSEL (rtr/dpa). Nach den drastischen Ankündigungen in dieser Woche hat sich die griechische Regierung bemüht, in der EU Sorge vor einem radikalen Kurswechsel bei der Haushaltssanierung und gegenüber Russland zu zerstreuen. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sagte nach einem Gespräch mit Premier Alexis Tsipras in Athen, die Regierung denke in der Schuldenfrage nicht an einen Alleingang, sondern sei an einer ernsthaften Diskussion interessiert.

Keine Einigkeit gibt es bei den 28 EU-Staaten in der Frage möglicher neuer Wirtschaftssanktionen gegen Russland, dem eine zunehmende Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine vorgeworfen wird. Vor allem die baltischen Staaten sowie Polen fordern eine Ausweitung der Strafmaßnahmen gegen Russland. Länder wie Griechenland oder Österreich sind allerdings dagegen. Sie sind der Meinung, dass die Sanktionen kaum etwas bringen würden oder sogar kontraproduktiv seien.

Kommentar

Athener Chaos

VON DETLEF DREWES

Europa wirkt wie paralysiert. Am Tag fünf nach der Griechenland-Wahl hatte man sich regelrecht gerüstet für die absehbare Schlacht mit dem neuen Mann in Athen. Doch in dem Stimmenwirrwarr der griechischen Regierung ist noch nicht auszumachen, wer eigentlich für welche Linie steht. Auch wenn Tsipras neu im Amt ist – was hätte es Wichtigeres gegeben, als erste überlegte Signale an die zu senden, mit denen er über die Zukunft seines Landes verhandeln will?

Die Aufgeregtheit in den übrigen 27 EU-Hauptstädten schadet Griechenland. Aber sie wurde und wird in Athen gezüchtet. Man hätte sich gewünscht, dass die

KIEW/DONEZK (dpa). Im Kampf gegen russische Separatisten in der Ostukraine hat die prowestliche Regierung in Kiew „Abschussprämien“ für ihre Soldaten eingeführt. Einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss zufolge zahlt der Staat für ein vernichtetes Fahrzeug der Aufständischen umgerechnet 600 Euro. Zerstörte Panzer werden mit 2400 Euro belohnt, und für ein abgeschossenes Kampfflugzeug soll es 6000 Euro geben. Zusätzlich will die Regierung den Soldaten für jeden Tag im Kampfeinsatz 50 Euro zahlen. Armeeingehörige klagen jedoch oft darüber, dass der finanziell klamme Staat ihnen den Sold schuldet.

Im Bürgerkriegsgebiet berichteten die Konfliktparteien erneut von gegenseitigem Beschuss. Nach Darstellung der Separatisten gab es Tote und Verletzte vor allem bei dem Verkehrsknotenpunkt Debalzewo nordöstlich der Großstadt Donezk. Das Militär in Kiew warf den Aufständischen Dutzende Angriffe auf Soldaten vor.

Polemik im Vorfeld des Urnengangs schneller in politische Nüchternheit umgeschlagen wäre – um Freunde und Verbündete, die die Hellenen gerade jetzt brauchen, nicht zu verprellen. Und Ressentiments erst gar nicht entstehen zu lassen.

Es war ein schwerer Fehler, die Zerrbilder der neuen Führung nicht schon im Keim zu ersticken – sollten es denn Zerrbilder sein. Wenn Tsipras seine europäischen Partner nicht restlos verlieren will, muss er schnell Vertrauen schaffen – sowohl in Sachen Euro-Mitgliedschaft wie auch in Fragen der Außenpolitik. Es ist realitätsfern, das Gerede von der Bevormundung durch Brüssel, Berlin und andere gebetsmühlenartig zu wiederholen. Dort sitzen die Geldgeber, die das Land bisher gestützt haben. Beschädigt wurde Griechenland von anderen.

politik@stn.zgs.de

Kurz berichtet

62 Millionen Kinder in Not

Vor allem wegen des anhaltenden Bürgerkriegs in Syrien und der Ebola-Epidemie in Westafrika benötigt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) in diesem Jahr so viel Geld wie nie zuvor. Um weltweit 62 Millionen Mädchen und Jungen in Not humanitäre Hilfe leisten zu können, seien 2015 insgesamt 3,1 Milliarden Dollar (2,75 Milliarden Euro) erforderlich, erklärte die Organisation am Donnerstag in Genf. (dpa)

Ex-Mitarbeiter bestätigen Aussage von Edathy

Mehrere Zeugen haben im Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Kinderporno-Affäre Aussagen des früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy bestätigt. Damit erscheint die Affäre um Geheimnisverrat und politische Freundschaften in einem neuen Licht. „Die Aussage von Sebastian Edathy ist glaubwürdig, die von Michael Hartmann ist es nicht“, sagte die Grünen-Obfrau Irene Mihalic am Donnerstag nach einer nichtöffentlichen Befragung der beiden Ex-Büroleiter Edathys. Edathy hatte im Februar 2014 sein Mandat niedergelegt. Kurz darauf hatte die Polizei seine Büros und seine Wohnung nach kinderpornografischem Material durchsucht. Dem Untersuchungsausschuss sagte er später, der SPD-Abgeordnete Michael Hartmann habe ihm im Herbst 2013 Informationen über die Ermittlungen gegen ihn zukommen lassen. (dpa)